

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephon 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 3.

Cöln, den 18. Januar 1907.

VIII. Jahrgang.

Der Verbündete.

Der Arbeiter gehört eben zum Arbeiter, die Arbeiterorganisation zur Arbeiterpartei, die Gewerkschaft an die Seite der Sozialdemokratie.
(Holzarbeiter-Zeitung Nr. 2 vom 12. 1. 1907.)

Haß und Blindheit paaren sich. Augenblicklich beweisen es uns wiederum die „freien“ Gewerkschaften. Haß auf der einen Seite gegen alles was christlich organisiert ist, auf der anderen Seite Blindheit gegenüber dem vermeintlichen Freunde. Christlichen Arbeitern kann solches nicht gleichgültig sein. Das Liebeswerben der „freien“ Gewerkschaften umspannt auch sie. Es gilt daher auf der Hut sein und zuzusehen, mit welcher gutem Freunde sich die „freien“ Gewerkschaften verknüpfen haben. Rühmen sie doch in allen Tonarten seine Verdienste, wirken sie doch dahin, daß am 25. Januar ein Gewerkschaftler nur einen Sozialdemokraten wählen soll.

Diese Loren! Wissen sie denn nicht wie es mit der Sozialdemokratie steht? Wissen sie nicht, daß die Sozialdemokratie die

Lobseindin des Christentums

ist, die Partei, von der ihr Führer Bebel einst sagte, daß sich Sozialdemokratie und Christentum gegenüber ständen wie Feuer und Wasser? Und doch müht man organisierten und christlichen Arbeitern zu, einer solchen Partei seine Stimme zu geben. Schon im Jahre 1875 erklärte der soz. Führer Liebknecht im „Volkstaat“:

„Unsere Pflicht ist es, die Ausrottung des Gottesglaubens mit Eifer und Hingebung zu erfüllen, und Niemand anders ist des Namens eines Sozialisten würdig, als der, welcher selbst Gottesknecht, der Ausbreitung der Gottesleugnung mit allem Eifer seine Anstrengung widmet.“

Und all die Sozialdemokraten, die das Land auf und abziehen, haben sich ihres Lehrmeisters würdig gezeigt. Anstatt des Gottesglaubens predigen sie die Lehre vom Klassenhaß und Klassenkampf. Auf dem Boden der materialistischen Weltanschauung stehend, proklamieren man das Recht des Stärkeren in seiner ganzen Brutalität.

Wir weisen demnach eine jede Zumutung zurück, uns irgendwelche Moraldogmen als ewiges, endgültiges, fernhin unumwandelbares Sittengesetz aufzudrängen.

So der Altmeister der Sozialdemokratie Engels in seinem Werke „Dührings Ummwälzung“.

Der Arbeiterstand, der im Wirtschaftsleben heute unfreiwillig der Schwächere ist, wird bei solchen Grundätzen der Unterdrückte, der Ausgebeutete sein müssen. Menschenwürde ist mit dem Materialismus nicht zu vereinbaren und so wird der wirtschaftlich schwache Arbeiter, die noch weniger widerstandsfähige Arbeiterin, nicht mehr als Geschöpf Gottes, der gleichberechtigten, zu gleichen Zwecken und Zielen bestimmte Mensch, sondern bloß als ein lebendiges Werkzeug betrachtet, das ohne Gewissenskrämpel übermenschlich ausgebeutet werden darf. Ein falscherer, gefährlicherer Weg konnte mühen von der Arbeiterschaft nicht eingeschlagen werden, als ihre wirtschaftliche Tätigkeit auf dieser gotteslästerlichen, materialistischen Grundlage aufzubauen. Mit welchem Recht wollen die Arbeiter auf Grund dieser Weltanschauung vom Arbeitgeber Gerechtigkeit verlangen? Die Arbeitgeber (von denen viele ebenfalls dem Materialismus huldigen, dabei aber im Gegensatz zu den Arbeitern vollkommen auf ihre Rechnung kommen), könnten sich bei allen Uebervorteilungen und Unterdrückungen auf die von der Sozialdemokratie selbst gepredigten Grundätze berufen und ihnen höhnisch entgegenhalten: „Ihr sagt ja selbst, es gibt kein höheres sittliches Recht, keine andere Gerechtigkeit als das Recht des Stärkeren. So lange wir nun die Stärkeren sind, könnt ihr euch nicht beklagen, wenn dieses Recht zu unseren Gunsten und zu euren Ungunsten entscheidet.“

Wegen ihrer Grundlagen schon ist die Sozialdemokratie eine Feindin des Aufwärtstrebens der Arbeiterschaft. Doch auch in der Praxis zeigt sich dieses. Sie ist diejenige Partei, die durch ihr revolutionäres Tun eine

Gefährdung der Volksrechte

mit sich bringt. Wenn heute die Reaktion so stolz ihr Haupt erhebt, dann verdankt die deutsche Arbeiterschaft dieses in erster Linie der Sozialdemokratie. Woher die Gefährdung und die Scheu vor der Erweiterung des Koalitionsrechtes? Allein durch den aller Menschlichkeit höhnsprechenden Terrorismus der Sozialdemokratie. Woher die heute herrschende Abneigung gegen das bestehende Reichstagswahlrecht? Einzig und allein durch die Sozialdemokratie. Sie ist die größte Feindin aller Volksrechte.

„Nicht zu dem Reichstag sollen unsere Abgeordneten sprechen, sondern über die Köpfe der Reichstagsmitglieder hinweg zum Volk.“ (Liebknecht, Stuttgart Kongress 1870.)

„Das Wesentliche für uns muß immer die Revolutionierung der Geister sein. Uebervorteilungen wie nicht den Parlamentarismus.“ (Stadthagen, Dresdener Parteitag 1903, Prot. 282.)

„Bei dem ganzen Parlamentarismus ist nichts Positives zu holen, er ist uns nur Mittel zum Zweck.“ (Abg. Meiß, Dresdener Parteitag 1903, Prot. 354.)

Nach dem Vorwärts (1905 Nr. 278) ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion berufen, „die Sturmkolonne der vorwärtrenden revolutionären Bataillone der Arbeiterklasse“ zu sein.

Die neueste Richtung in der Sozialdemokratie, der anarchische Sozialismus, der in der Stadt Berlin seine Anhänger schon nach Tausenden zählt, beweist seine Verachtung gegenüber Parlament und Wahlrecht, wenn er durch seinen Führer Dr. Friedeberg verkündigt:

„Wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Tränen nachweinen!“ (Vorwärts 1904 Nr. 182.)

Ist ein derartiges Verhalten der Sozialdemokratie nicht die größte Verhöhnung des Wahlrechts, der größte Mißbrauch des Parlaments, der schändlichste Verrat an den Volksrechten!!! Fordert die Sozialdemokratie damit die Scharfmacher nicht geradezu heraus zur Erdrosselung der Volksrechte, fällt sie dadurch nicht allen denjenigen aufs hinterlistigste in den Rücken, welche die vorhandenen Volksrechte ehrlich verteidigen?

Nieder mit der Volkswohlfahrt

Ist die weitere Parole der Sozialdemokratie. Sie, die die Theorie der Vereinfachung als ein Dogma anerkannt wissen will, sieht ihre Lehrgänge fallen. Kampfhast bemüht man sich jedoch sie zu halten. Alles was dazu dienen kann, das Volk und die Arbeiterschaft im Glende zu erhalten, findet eifrige Förderung durch die Sozialdemokratie. Sie ist diejenige Partei, die unverdrossen und fest von sich behauptet, der einzige und wärmste Freund der Sozialpolitik zu sein. In Wirklichkeit hat die Sozialdemokratie sich als der schlimmste Feind der Sozialreform erwiesen. Sie vertritt den Grundsatz: Wir wollen entweder alles oder nichts. Kann man denn eine solche Härte anders als lächerlich finden, wo mit dieser Parole im parlamentarischen Leben absolut nichts anzufangen ist? In der Gewerkschaftsbewegung beobachtet die Sozialdemokratie diesen Grundsatz nicht; da werden tagtäglich mit den Unternehmern Kompromisse (Vergleiche) geschlossen. In der politischen Versammlung aber, wo es sich um Gesetze handelt, die vielleicht viel wichtiger sind, als einzelne Lohnbewegungen, hat man für ein Kompromiß kein Verständnis. Da setzt man frivol die Arbeiterinteressen aufs Spiel. Da stimmt man kreuzfidel gegen alle Gesetze zugunsten der Arbeiter! Da hat man kein Verständnis dafür, wie wichtig es ist, voranzukommen, wenn's auch nur Schritt vor Schritt geht. Da weigert man sich, mitzutun, wiewohl man sonst nicht müde wird, darauf hinzuweisen, wieviel auf dem sozialen Gebiete noch zu tun sei. Das alles hindert die Herren „Genossen“ aber nicht, nachher gegenüber den Wählern im Lande draußen im Fruktion der Ueberzeugung mit dicken Backen und leeren Taschen den „einzig wahren Arbeiterfreund“ zu markieren.

Heißt es nicht das Vertrauen der Wähler auf das Schlimmste mißbrauchen, wenn man mit 80 Abgeordneten in den Reichstag zieht, ohne sich ernsthafte Mühe zu geben, auf den Gang der Sozialpolitik Einfluß zu gewinnen. Und das will eine Arbeiterpartei sein? Zu Ungunsten der Arbeiter stimmte sie im Reichstage

- 1883 gegen die Krankenversicherung;
- 1884 gegen die Unfallversicherung;
- 1889 gegen die Invaliditäts- u. Altersversicherung;
- 1890 gegen die Einführung der Gewerbeversicherung;
- 1891 gegen das Arbeiterschutzgesetz, welches brachte den Schutz der Jugendlichen, Arbeiterinnen, die Sonntagsruhe, Sicherung des Arbeitsvertrages, Einschränkung der Arbeitszeit etc.;
- 1902 gegen das Gesetz über die Seemannsordnung;
- 1903 gegen die Novelle zum Krankenkassengesetz;
- 1905 gegen die Errichtung von Kaufmannsgerichten.

Für den Schutz der bedrohten Zucker- und Bienenzucht, jener Leute, die dem Volke das Brot und die hauptsächlichsten Nahrungsmittel verkauern, war die Sozialdemokratie stets bereit. Wenn es galt, zum Besten der „Edelsten der Nation“ eine Besteuerung des Champagners, Kaviars und anderer „Volksnahrungsmittel“ fernzuhalten, dann war auch die Sozialdemokratie dabei. Sie stimmte im Jahre

- 1880 nicht für das erste Zuckersteuergesetz;
- 1881 gegen die Einführung der Bienensteuer;
- 1885 gegen die schärfere Ausgestaltung derselben;
- 1894 gegen die erste Erhöhung der Bienensteuer;
- 1900 gegen die neue Erweiterung derselben;
- 1896 gegen das Biersteuergesetz;
- 1896 gegen das Gesetz betr. den unlauteren Wettbewerb;
- 1900 gegen die Besteuerung der Wettensätze bei Rennen;
- 1900 gegen die den Großhandel treffende Besteuerung der Schiffahrtstraktanten entsprechend dem Frachtbetrage;
- 1900 gegen die Erhöhung des Zolles auf ausländischen Champagner;
- 1902 gegen die Steuer auf Champagner;
- 1902 gegen alle Böden auf Luxusgegenstände und andere Luxusgegenstände.

Das ist „Alles- oder Nichts-Politik“ nach den Worten des sozialdemokratischen Führers von Vollmar, die Politik von Kindern“, statt Gegenwartsvoorteilen, „ein billiger Wechsel auf den Zukunftsstaat! Wer sich allerdings die führenden Geister in dieser Partei besieht, braucht nicht zu staunen über die von ihnen getriebene Politik. Kein geringerer als der Führer der Sozialdemokratie im Ruhrrevier, Hué, von dem man wohl sagen kann, daß er hinter die Kulissen geschaut, schrieb in Nr. 44 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1901:

„Wie oft haben wir den graziös-längelnden Salonfritzen mancher berühmter Parteiführer stumm bewundert. . . Wie oft haben wir gestaunt über Aeußerungen bekannter Parteiführer, die prachtvoll in das Gesellschaftszimmer eines Bourgeois pakteten. . . Wir kennen Leute, die ein proletarisches Gefühl abspüren, denen es nicht einfällt, „ein Sohn des Volkes“ zu sein — im Liebe wohl, aber nicht in der Praxis. Wunderbare Erfahrungen haben wir schon mit solchen proletarischen Dilettanten gemacht, ein Nachilager im Arbeiterhausemariner nicht gut genug, aber von der Bühne herab über „Leisetreterei“, „Opportunismus“, „Verwischen der Klassengegenätze“ bonnern, das konnten sie. Hat man denn schon wirklich proletarisches Gefühl, wenn man eine Mitgliedskarte der sozialdemokratischen Partei bezahlt? . . . Es befinden sich heute viele Vorkämpfer in der sozialdemokratischen Partei, denen das Proletarierdasein ein Buch mit sieben Siegeln ist. Leider brüden gerade diese proletarischen Dilettanten der Partei vielfachen Stempel auf.“

Solche Leute aber, wie sie Hué hier geschildert, die sind es, welche am meisten mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit haushieren gehen.

Die Sozialdemokratie ist außerdem eine Partei, die fortgesetzt

Verrat am Vaterlande

verübt, weil sie prinzipiell alle Forderungen für unser Heer- und Marinewesen ablehnt. Sie sieht die Notwendigkeit eines starken und schlagfertigen Heeres ein, weigert sich aber, auch nur einen Pfennig für militärische Zwecke zu bewilligen. Kein geringerer als der Sozialdemokrat Salver schrieb unlängst:

„Man kann dem engeren Lande nicht zumuten, eine Ausnahmestellung einzunehmen, die recht verhängnisvoll werden könnte. So wie die realen Verhältnisse heute liegen, hängt das Ansehen eines Staates im Ausland von seiner Schlagfertigkeit zu Wasser und zu Lande ab. Der japanisch-russische Krieg ist dafür eine eindringliche Lehre. (Nov.-Dez 1905 der „Sozialist. Monatshefte.“)

Ohne den notwendigen Schutz unserer heimischen Industrie und des sich z. Z. gewaltig hebenden Welt Handels Deutschlands, ist eine günstige Weiterentwicklung des Wirtschaftslebens in Frage gestellt. Bei einem wirtschaftlichen Niedergange leidet aber zunächst der Arbeiter, dem die Arbeit und somit das Brot entzogen wird. Die Sozialdemokratie aber ist's welche von einem Schutze der deutschen Industrie und des Handels nichts wissen will und rücksichtslos gegen den „Militarismus“ zu Felde zieht.

Anstatt bestehende Verhältnisse ins Auge zu fassen, an einer Besserung derselben mit zu helfen, gefällt sich die Sozialdemokratie in die Rolle einer bramarbasierenden Größe, welche die Menschheitsideale

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

verwirklichen will. Sie schützt vor, die alleinige Partei zu sein, die das kulturelle Leben erst zur vollen Blüte und Reife bringen will und kann. Und doch lehrt auch hier die Erfahrung, daß die gepredigten Ideale selbst innerhalb der Sozialdemokratie nicht verwirklicht werden. Für die

Freiheit des Zukunftsstaates

bringen schon die Skandale am sozialdemokratischen Hauptorgan, dem „Vorwärts“ einen Vorgegeschmack.

„Und doch wie ist es hinter den Kulissen, Wie trostlos traurig ist die Wirklichkeit! Wie'n dumme Junge wird der rausgeschmissen, Der nur nach seiner Ueberzeugung schreibt.“

So dichtete die „Münchener Post“ nach dem Gutmurde der „edlen Sech“ aus der Vorwärtsredaktion. Die „Leipziger Volkszeitung“ aber, das unentwegte Organ der Unentwegenen gab die Parole: „Das Knie auf die Brust und die Faust auf's Auge“ gegen die Vorwärtsredakteure aus.

Worum handelt es sich? Die sechs Hauptredakteure des „Vorwärts“ waren so kindlich, zu glauben, daß bei ihrer Partei Meinungsfreiheit herrsche und wurden infolgedessen von Bebel und Consorten Knall und Fall an die frühe Zeit befördert. Das Nähere erfahren wir aus folgendem Gemeindefest der „geflogenen“ edlen Sech:

1. Man hat Parteigenossen durch Zusicherungen verheimlicht gemacht, dann aber wieder als feindlich bezeichnet. 2. Man hat ohne jede vorherige Verhandlung langjährige Redakteure des

Zentralorgan heimlich abgewürgt, grundlos gemacht. 3. Man hat den sozialdemokratischen Grundgedanken der Mithridatiden gegen die Regelung des Arbeitsverhältnisses grundtätig geleugnet und praktisch verlegt. 4. Man hat gegen Parteigenossen in Vertrauensstellungen das verwerfliche Mittel der kapitalistischen Aussperrung versucht. 5. Man hat Redakteure, die sich keine Verfehlung haben zuschreiben können lassen, wie die Polizeispitze plöglig aus der Redaktion geworfen. 6. Man hat die Parteileitung des soeben erwähnten noch durch dunkle unfaßbare Andeutungen sowie durch offensibare Verleumdungen zu untergraben gesucht. Wir sind hinausgeworfen wie Hausdiener, die man bei Unterschlagungen ertappt. Wir protestieren im Interesse der Partei dagegen, daß man sozialdemokratische Redakteure zu Zintentulis herabwürdigt und ihnen Raufkörbe anlegen will.

— sagte einer der Herausgeworfenen. Trotzdem aber die „Sech“ aus brutalste gemahregelt und ausgesperrt waren, fand sich sofort unter den roten Redakteuren im Lande eine „Streikbrecherkolonne“, die mit größter Wärme auf die noch warmen Redakteure des „Vorwärts“ kletterten. Dabei, ein sonst radikaler „Genosse“, behauptete mit Recht: „Dieser Skandal ist der größte Schmutz, mit dem wir uns bisher besudelt.“

Das war im Jahre 1905. Im Jahre 1906 aber zeigte er sich bereits aufs neue, der „Vorwärts“ als Rasterbetrieb.

Der Direktor regiert hier der Reichstagsabgeordnete Fischer, der anscheinend bei einem Schachmacher in die Lehre gegangen ist. Von einer Gleichberechtigung der Arbeiter keine Spur. Hier einige Proben von Fischers Kommandogewalt:

„Wir lassen uns nichts hineinreden in die Reihen des Geschäfts.“ — „Wer sich nicht fügt, den lassen wir die Konsequenzen ziehen.“ — „Ich was persönliche Ehre des Arbeiters!“ — „Die Organisation geht uns gar nichts an, wir haben unsere Interessen.“ — „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie gehen.“

Und dabei donnert der edle „Vorwärts“ noch tagtäglich munter weiter gegen „brutales Unternehmertum“, „rückwärtschreiende Ausbeuter“ und „Selbstmord“, gegen „Herrenmoral“ u. s. w. Die Sozialdemokratie entpuppt sich demnach als die Partei klumpen Schwabens.

Die auf die Dummheit ihrer Anhänger spekuliert, stets kritisiert, nöckelt und belzt, aber wie ein dummer Huhn die Antwort schuldig bleibt, wenn man sie nach bestem Rezepten fragt. Ist überhaupt von einer Partei besseres zu erwarten, die nach ihrem eigenen Zeugnis unwertlich durch und durch faul ist? — Faul ist es mit ihrer Einigkeit!

Man höre endlich einmal in einem (den sozialdemokratischen) Heften mit dem Komödientitel auf, immer wieder von Einigkeit und Einheit in der Partei zu reden. . . . wo von Einigkeit und Einheit keine Rede mehr ist. . . . (Beitrag in der Neuen Zeit 5. Sept. 1903). — „Faul ist es mit der wissenschaftlichen Grundlegung der Partei.“ Eine vollständige Dummheit über die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben wie jetzt. (Beitrag auf dem Parteitag in Jena, Post 312.) Faul ist es mit ihren Zielen! Führende Genossen aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die in der Partei, über den Sozialismus, über den Zukunftsstaat“ (Beitrag, ebenfalls Post 308.) Heberfall ist es überhaupt mit der ganzen Sozialdemokratie und ihrer Politik, mit der politischen Hilflosigkeit der Partei, die nicht vorwärts und nicht rückwärts kann, weil sie an Händen und Füßen gebunden ist durch ein bei Zeit nicht mehr entsprechendes Programm und ihre daraus resultierende verkehrte Politik.“ (Sozialdemokrat Reichsanwalt im „Vorwärts“ 1905 Nr. 65.)

Einer solchen Partei, die von ihrem eigenen Führern so bestraft wird, unzulänglich wäre kein Zeichen von „Aufklärung“, sondern im Gegenteil ein Beweis politischer Hureifreiheit. Geben die Sozialdemokraten doch selbst zu, daß ihre Theorien garnicht mehr haltbar sind. So schrieb in Nr. 22 (1905) „Der Hammer“, Organ des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes:

„Diese Partei befindet sich seit langer Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht.“

werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehrsätze haben sich als unhaltbar bzw. zweifelhaft herausgestellt. Die „Verelendungstheorie“ hat aufgegeben werden müssen, die „Zusammenbruchstheorie“ kann nicht aufrecht erhalten werden, die „Krisentheorie“ ist sehr zweifelhaft geworden und so steht es auch mit der Auffassung der chronischen Überproduktion und anderen Lehrsätzen. In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glauben an die Lehrsätze vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht. . . . Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes, und der Parteigenossen bemächtigt sich annähernd dasselbe Gefühl, wie man es bei den Passagieren eines schwankenden Schiffes wahrnehmen kann. Alles wird nervös!“

Jetzt vor der Reichstagswahl aber, da sollen sich nach dem Wunsche der „freien“ Gewerkschaften die organisierten Arbeiter auf dieses schwankende Schiff begeben und der Sozialdemokratie aus dem Dreck helfen. Einen solchen hanebüchenen Unsinn kann man auch allerdings nur von jenen verlangen, die der Haß gegen die christlichen Gewerkschaften blind gemacht.

Ein denkender Arbeiter, der seine fünf Sinne zusammen hat, weiß ganz genau, daß die Sozialdemokratie ist eine Partei des Arbeiterverrats.

Was die Gewerkschaftsbewegung aufbaut, wird von der Sozialdemokratie wieder zerstört. Die Parole der denkenden gewerkschaftlich-organisierten Arbeiterschaft heißt daher am 25. Januar:

Keine Stimme der Sozialdemokratie.

Aus der Bürstenindustrie.

Vor einigen Wochen erschien in unserem Organ ein Bericht an alle in der Schwarzwalder Bürstenindustrie beschäftigten Kollegen zum Zwecke der Aufklärung und um den Gedanken der Organisation wachzurufen. Als bald haben wir die Erfolge dieser Aufklärung und Hunderte von Bürstenarbeitern sind den christlichen Gewerkschaften beigetreten. Aber nicht nur die Bürstenarbeiter sind es, die eine Verbesserung ihrer traurigen Lebenslage bedürfen, sondern ebenso die Kollegen und Kolleginnen in der Bürstenbranche. Für diese wäre es einmal an der Zeit sich mittelst einer Organisation bessere Verhältnisse zu schaffen, um so wenigstens einigermaßen anderen Berufen gleich zu kommen.

Es wurden bisher die Verhältnisse in der Bürstenbranche durch unser Organ noch wenig geschilbert. Erst seit kurzer Zeit finden wir manchmal einige Hinweise, die zwar hindeuten auf die schlechten Verhältnisse, aber keineswegs sie in ihrer vollen Größe kennzeichnen. Auch die Bürstenmacherei geht immer mehr zum Großbetrieb über und gibt es infolgedessen auch hier immer mehr Lohnarbeiter, die auf den täglichen Verdienst angewiesen sind. Wie sieht nun dieser tägliche Verdienst aus? Und wie sind die Arbeitsverhältnisse? Ist der Lohn so, um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können oder sind es nicht vielmehr die Kollegen und Kolleginnen in der Bürstenbranche die an Hunger und Kälte leiden? Wahre von 12—18 Mark kein Seltenheit, sondern sind die überwiegenden. Dann die Akkordlöhne, die bei einzelnen Firmen vorkommen. In erster Linie sei hier an die Biere der Bürsten-Lohnarbeiter Lottman-Schönan erinnert, die ja in erster Linie dahelf, wenn es gilt, schlechte Löhne anzugeben. So werden z. B. bezahlt für Einpausen von Fieber 50 Pfg. pro 1000 Loth, für Wurzel 60 Pfg. 1000 Loth, Einziehen von Wachs- und Kleiderbürsten 25—45 Pfg. pro 1000 Loth, je nach Qualität und Sorte der Waren, für Bechen werden bezahlt 1—1,20 Mark pro 1000 Loth u. s. w. Das hier Angeführte ist nur ein kleines Bild von den großen und schlechten Verhältnissen. Es wird jeder Kollege selbst ausrechnen können, welchen Lohn er verdienen würde, wenn er unter diesen Arbeitsbedingungen sein tägliches Brot verdienen müßte.

Aber nicht nur in Lottman und Schönan sind solche Verhältnisse vorhanden, noch eine Reihe von Städten Deutschlands sind es, die nicht viel bessere Löhne aufweisen können. So sei auch die Breisgau-Stadt Freiburg mit all ihren Ehrenwürdigkeiten erwähnt. Aber hinter all den herrlichen

Naturschönheiten verbirgt sich das traurige Los so mancher hungernden und darbenenden Arbeiterfamilie. Unter dieser ist eine große Zahl von Bürstenmacherkollegen. Hier an Orte ist eine gewisse Firma, die es als ihre erste Pflicht an sieht, die Arbeiter mit Hungerlöhnen abzuspeisen, denn sonst würde sie die schlechten Akkordlöhne der Zeit entsprechend noch bessern. Die Firma zahlt: Für Einziehen von Fieber 50 Pfg. pro 1000 Loth, für Wurzel 60 Pfg. pro 1000 Loth und für Bechen 1,45 Mark pro 1000 Loth (letzteres mit Ausputzen und Beschneiden). Aus dem hier Angeführten ergibt sich zur Genüge, welche traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch vorherrschen und wie notwendig der Zusammenschluß der Arbeiter ist. Leider steht auch das Akkord-, Akkord- und Lohnbrückerlöhne in hoher Blüte. Ebenso spielt die Arbeit der weiblichen Beschäftigten eine große Rolle; die Statistik weist nach, daß zur Mehrzahl weibliche Personen beschäftigt sind. Die Folge davon ist eine beständige Herabminderung des Lohnes. Wie überall, so ist auch hier die Entlohnung der Arbeiterin noch entschieden geringer als diejenige des Arbeiters; Wochenlöhne von 6—8 Mark trifft man bei ihnen häufig.

Nun die Arbeitsverhältnisse. Sind diese überall so wie es eigentlich der Gesetzgeber vorschreibt? Laut Erlaß des Reichsanwalters betreffend die Desinfektion der Borsten und Haare, müßte ja nach dieser Seite hin alles in Ordnung sein. Heute werden ja die meisten Borsten und Haare durch Dampfdruck desinfiziert. Durch die Desinfektion werden ja wohl alle lebenden Stoffe getötet, aber der sämtliche Staub bleibt darin. Besonders die Wäcker sind es, welche zuerst die Borsten verarbeiten müssen und somit auch allem Gesundheitschädlichen ausgesetzt sind. Auch die Desinfektion läßt vielfach sehr viel zu wünschen übrig. Hier müssen eben die Kollegen selbst Gewerkschaften sein. Auch sollen in jedem Betriebe, wo mehr als 10 Arbeiter beschäftigt sind, Wasch- und Ankleideräume, sowie Speisräume eingerichtet sein. In wie vielen Betrieben gibts solche?

Aus dem wenigen hier angeführten ist zu ersehen, daß es noch große Mißstände zu beseitigen gibt. Um dieses mit Erfolg tun zu können, ist in erster Linie der Zusammenschluß der Kollegen erforderlich, denn nur in der Geschlossenheit liegt die Macht. Bringen auch wir einmal Opfer. Legen wir ab die Gleichgültigkeit und Menschenfurcht und treten wir ein in den Zentralverband christlicher Holzarbeiter, denn er hat bis auf den heutigen Tag bewiesen, daß er imstande ist, die Interessen der Kollegen am besten und wirksamsten zu vertreten.

Vom Niederrhein.

Erfreulicherweise nimmt unsere Zahlstelle Emmerich-Geerenberg in der letzten Zeit einen sehr guten Aufschwung. Die Bürstenmacher in Geerenberg haben es eingesehen, daß ohne feste, geschlossene Organisation unter den heutigen Verhältnissen nichts zu erreichen ist. Selbst durch plöglig übernommene Streiks lassen sich heute die Fabrikanten nicht mehr einschüchtern, wenn sie wissen, daß die Arbeiterschaft nicht organisiert ist, wie es sich in der hiesigen Fabrik recht deutlich gezeigt hat. Dazu stehen im Orte die Löhne selbst gegenüber denen von Emmerich noch um 15—30% zurück. Hier erhalten die Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen, beispielsweise an der Kreisfäge, Löhne von 2,50 bis herunter zu 2 Mk. pro Tag. Eine schriftliche Eingabe um Erhöhung der Löhne wurde abgelehnt. Hier ist es nur die Organisation, welche den Kollegen auf die Dauer bessere Verhältnisse bringen kann. Nach dem Angeführten wäre es aber verkehrt, anzunehmen, daß nun in Emmerich in den Bürstenfabriken zufriedenstellende Verhältnisse herrschen würden. Auch hier klagen die Kollegen über geringe Löhne. Überall ist heute die Arbeiterschaft der Bürstenindustrie bemüht, sich mittels der Organisation ein besseres Los zu schaffen. Sorgen wir daher auch hier dafür, daß die Organisationsreihen geschlossen werden.

Auch die Korbmacher in Emmerich beabsichtigen die jetzige, gute Geschäftsfrage auszunutzen, um Lohnerhöhungen

Arbeiter und Literatur.

II

Am wirtschaftlichen Gebiete tobt der Kampf um ökonomische und soziale Verbesserung. Die Berufsorganisation soll die Reaktion in den eigenen Reihen beseitigen, um durch eine gezielte Aktion diese Ziele zu erreichen. Die Reaktion in den eigenen Reihen ist der größte Feind. Ein Mittel, aufzuwachen zu werden, ist das Verbandsorgan. Darüber ist schon viel geschrieben worden. Es bleibt aber bestehen, daß das Verbandsorgan für viele fast das einzige Aufklärungsmittel nach der wirtschaftlichen Seite ist. Damit muß man eben rechnen. Das Verbandsorgan kann deshalb nicht hoch genug gehalten sein. Es ist für viele das einzige Hilfsmittel nach der wirtschaftlichen Seite ist, sollen alle organisierten Arbeiter sich bemühen, an dem Ausbau desselben mitzuwirken. Dazu ist aber vor allem nötig, daß das Organ ungeachtet durchsichtiger wird. Damit aber nicht genug. Die Arbeiter sollen auch neue Gedanken aufnehmen, neue Wege suchen, um die Gewerkschaftsbewegung, ihre wirtschaftliche Bestimmung, vorwärts zu bringen. Dazu ist das Verbandsorgan ganz besonders geeignet. Die Arbeiter sollen ihre Gedanken schriftlich niederlegen. Wird das im Aufzuge nicht getan, wird die Reaktion auch nachher im Papierland verschwinden lassen, das dort keine zurechnen. Mit der Zeit wird der Schriftführer, welcher Inhalt des Verbandsorgans am besten versteht, welcher Inhalt des Verbandsorgans am besten versteht, welcher Inhalt des Verbandsorgans am besten versteht. Dazu wird er auch die Gedanken, die eigenen Gedanken in die richtige Form zu bringen, sie prägnant zu formulieren, beizubringen. Er wird ein tüchtiger Mitarbeiter eines der wichtigsten Teile der Arbeiter-Arbeit werden, der Verbandsarbeit.

Gerade hundert Jahre manche Gewerkschaftsorgane nicht zu schätzen, sowohl was Einwirkung, wie geistiger Inhalt

der einzelnen Artikel anbetrifft. Tatsache ist aber, daß noch viel zu wenig vernünftige Gedanken aus den Kreisen der Mitglieder anfluten. Es sind nur einzelne Wenige, die das Verbandsorgan durch Beiträge unterstützen. Und doch können gerade manche vernünftige Gedanken in den Köpfen der Arbeiter. Es ist aber verkehrt, sie brach liegen zu lassen. Deshalb: Wer wirklich neue Gedanken hat, die für unsere Bewegung gute Früchte zeitigen können, der greife zur Feder!

Neben dem Verbandsorgan sind die kleinen Broschüren, die über die wichtigsten Fragen des wirtschaftlichen Lebens, sowie über die Organisationsfragen orientieren, von großem Werte. Während das Verbandsorgan mehr auf die laufenden Verbandsangelegenheiten sich beschränken muß, oder Fragen enthält, die die Organisationsfrage betreffen, bieten diese Broschüren Material zum Studium der notwendigsten Fragen. Von Vorteil ist, daß die Abhandlungen in diesem Umfang für den Arbeiter noch bezugungen werden können.

An dieser Stelle ist besonders auf die Heft der Arbeiter-Bibliothek zu verweisen. Jeder Arbeiter sollte dieselben besitzen.

Es muß ja auch angemerkt werden, daß jeder organisierte Arbeiter eine, wenn auch kleine, bescheidene Bibliothek sein eigen nennt. Neben den eben genannten Heften sollen auch die Arbeiter des Verbandsorgan ansetzen und am Schluß des Jahres einbinden lassen. Die eingehenden Jahrgänge des Verbandsorgans ermöglichen ihm immer, einen Rückblick zu werfen auf die letzten und immer Entwertung des Verbands und der ganzen Bewegung. Die Jahrgänge sind gewissermaßen ein Stück Zeitgeschichte im engen Rahmen. Zum Teil werden sie als Selbststudium und Teilgenossen des Solidaritätsgespiels. Daneben können sie auch als Nachschlagewerk benutzt werden nach wirtschaftlichen Gesetzen.

Selbstredend braucht sich nicht jeder Arbeiter teure Bücher anzulegen. Meist werden sie nicht nach Gebühr durchstudiert. Da sollen die Zahlstellenbibliotheken eintreten. Bei Spezialbüchern und Schriften ist die Kartellbibliothek oder eventuell die Stadtbibliothek, je nach der Art und dem Werte der Bücher der geeignete Ort. Ein überaus wichtiger Faktor ist die Tagespresse. Es kann wohl als selbstverständlich gelten, daß jeder Arbeiter eine politische Zeitung hält. Um den Kampf auf dem politischen Gebiete durchzuführen, um nicht auf dem lausenden zu bleiben, ist das Halten einer politischen Zeitung unerlässlich. Für die christliche Arbeiterschaft können nur solche Blätter in Betracht kommen, die die Sache unserer Bewegung vertreten. Es fehlt auch nicht an politischen Blättern, die durch sozial- und wirtschaftspolitische Artikel geistige Förderung für den Arbeiter bedeuten. Hier muß es heißen: Hinweg mit einer Zeitung, die die Sache der Arbeiter mit Füßen tritt. Was das Lesen der Tageszeitung angeht, so gilt hier dasselbe, was vom Verbandsorgan gesagt ist. Wenn Arbeiter Blätter halten, die ausschließlich der Neugierbegierde dienen, dem Tagesnachhaltigen, so bedeutet das für die Arbeiter ein Armutzeugnis.

An Quellen, aus denen der Arbeiter volkswirtschaftliches und sozialpolitisches Wissen schöpfen kann, fehlt es also nicht. Möge er sie nur fleißiger benutzen und dabei die rechte Auswahl treffen.

Wenn ermerkt feststeht, daß die Arbeiterschaft mehr noch als bisher die Literatur als Bundesgenossen betrachten muß, um den eigenen Menschen zu vervollkommen und die Arbeiterbewegung vorwärts zu bringen und andererseits geeignete Literatur in großer Fülle vorhanden ist, so gilt auch hier der Satz: „Alles in der richtigen Art und Weise“ verwenden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Homburg (Rhein). In der Erkenntnis, daß mit dem Aufblühen der Industrie in einem Orte nicht immer gleich blühende Zustände für die Arbeiterklasse geschaffen sind...

Werdn. Der Vorkriegsstand ist hier am Orte noch nicht eingezogen, trotzdem er schon vor 1 1/2 Jahren in einer Streikversammlung von einem „Genossen“ verkündet wurde...

Bad Riechenhain. Ein Rückblick auf das verfllossene Jahr zeigt uns, daß wir gute Fortschritte gemacht haben, in Bezug auf unsere jetzigen besseren Lohn- und Arbeitsverhältnisse...

Essen. Das wichtigste Ereignis im verflossenen Jahre bildete hier die Lohnbewegung. Trotzdem die Verhandlungen zwecks Abschließung eines neuen Arbeitsvertrages schon frühzeitig begonnen hatten...

Sägearbeiter. Der rapide Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung sowie die Erfolge, welche dieselben errangen hat, sind nicht ohne Wirkung geblieben...

Sammen schließen müssen, um bessere Verhältnisse zu erlangen. Eine Latsche, die andere Verursachen und Stände längst eingesehen und für sich ausgenutzt haben...

Sägerbaner.

Cöln. Die Firma „Cölnener Elektromobilwerke“ Heinz Scheele hat gegen den Willen ihrer Arbeiter eine sogenannte Unterstützungsliste eingeführt. Da die Arbeiter von der Kasse nichts wissen wollten...

Gewerkschaftliches.

Ueber den Wert der Gewerkschaften schreibt ein amerikanisches Blatt wie folgt: Die gewerkschaftlichen Organisationen bezwecken die Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit...

Verhafteter Terrorismus. Der von uns in Nr. 39 dieses Organs vom Jahre 1906 aus Jungsoldat gemeldete Terrorismandfall hat am 21. Dez. vor dem Gerichte dortselbst eine Sühne gefunden...

Paß schlägt sich, Paß verträgt sich. Unter dieser Schlagmarke bringt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ aus Anlaß der Verbrüderung von „freien“ Gewerkschaften und sozial. Partei folgende Erinnerungen: Es war im Februar v. J. als sich die tapferen Mannen der sog. „freien“ Gewerkschaften in Berlin zusammensanden...

erreichen. Leider sind hier jedoch noch verschiedene Gesehen zu verzeichnen, denen Solidarität ein anscheinend über Begriff ist. Einige derselben bringen es fertig, bei den möglichen Gelegenheiten, blauen Montag zu feiern...

In Rees glaubten eine Anzahl von Kollegen, die Organisation nicht mehr nötig zu haben, nachdem dieselbe ihnen ganz annehmbare Erfolge gebracht hatte. Sie sind dadurch nicht in der Lage, den jetzigen guten Geschäftsgang für sich auszunützen und sich eine weitere Arbeitszeitverlängerung und Lohnverbesserungen zu erringen...

In Iffelsburg ist es den verschiedensten Operationen von seiten der Behörden nicht gelungen, die Organisation in Orte zu vernichten, eine, wenn auch kleine Anzahl von Kollegen hält das Banner hoch und kämpft für Anerkennung und Gleichberechtigung des Arbeiterstandes.

Nach eifriger, ausdauernder Agitation ist es unseren Kollegen in Bockholt gelungen, die Mehrzahl der Schreiner in Orte zu organisieren und werden dieselben in der nächsten Zeit an die Arbeitgeber herantreten, zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Hier ist in manchen Betrieben eine mehr als zehnstündige Arbeitszeit zu verzeichnen, zu Stundenlöhne von 30-35 Pfg. für tüchtige Arbeiter...

In Wesel ist die Masse der Kollegenchaft noch indifferent, Solidarität und Klassenbewußtsein sind ihnen fremde Begriffe. Als im vorigen Jahre durch den christl. Bau- und Werkerverband nach hartnäckigem, 7wöchigen Kampfe, ein Tarifvertrag für das Baugewerbe, auch auf Wesel ausgebeutet wurde, erfolgte die Anregung, ebenfalls das Schreinergewerbe am Orte einen Tarifvertrag abzuschließen. Jedoch die Arbeitgeber erklärten, dieses sei unmöglich...

Kollegen von der rechten Rheinseite, lernt von euren Arbeitsbrüdern auf der anderen Stromseite. Diese haben im vorigen Jahre, zum Teil unter hartem Kampfe, Breche gemacht in die unzeitgemäßen Arbeitsverhältnisse und in Beeze, hoch und in Glee bedeutende Verbesserungen errungen. In diesem Jahre müssen die Kollegen auf der rechten Rheinseite dafür sorgen, daß der günstige Geschäftsgang benutzt wird, um ihre Interessen zu wahren.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 3. Monatsbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. Januar 1907 fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. erhalten die Zahlstellen Bruchsal, Ludwigsweiler und Reuland (Schwarzwald).

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Jungsoldat.

Zugang ist fernzugeschrieben von Schreiner nach Reuland Ober-Schleifen (Wag. Habel), Frankfurt a. M. (Kendel), Mühlh. a. M., von Bürsten- und Pinselmachern nach Ess, Niederrhein, von Stellmachern nach Cöln (Elektromobilwerke H. Scheele).

Vom Kriegsjahresplan der Berliner Holzindustrie liegen bis Schluß der Redaktion keine näheren Nachrichten vor. Wie die „Fachszeitung“ in ihrer letzten Nummer jedoch mitteilt, wird die Aussperrung vor sich gehen. Von dieser sollen aber nur die Mitglieder des sog. Holzarbeiterverbandes betroffen werden. Nach Zeitungsmitteilungen dürften es vorerst 8000 sein. Angehörige anderer Organisationen sollen nicht entlassen werden. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ gibt für ihre Verbandsmitglieder, die nicht entlassen werden sollten, die Parole aus, ruhig weiter zu arbeiten. Wie sich die Sache weiter entwickelt, läßt sich noch nicht beurteilen, da der sog. Verband jedes Verhandeln mit den Arbeitgebern in Gegenwart mit den Vertretern unseres Verbandes des Hirsch-Dumler'schen Verbandes ablehnt.

Sägerarbeiter.

Recklinghausen. Der rapide Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung sowie die Erfolge, welche dieselben errangen hat, sind nicht ohne Wirkung geblieben. Nicht und nicht kommen auch die Arbeiter allerorts zu der Ueberzeugung, daß sie sich zu-

wird kommen", meinte der Redakteur von Am, "wo wir reden können (soll dürfen heißen, wahrscheinlich Druckfehler im Protokoll d. Red.)... und dann werden wir reden und zwar deutlich reden..." Die armen Klavenseelen redeten sich solange etwas von Mut, von Freiheit, Männerwürde vor, bis sie sich selbst in der Rolle als "echt" vorkamen. Sie vergaßen, daß der Froch zwar hier und da sich in die Sonne legt, aber immer wieder in den Sumpf zurückkehrt; sie vergaßen, daß sie ihrer Naturgeschichte nach zum Sakai geboren. Gewiß!

"Der Born war echt, doch aber und ja nu,
Man treibt die Sachen doch nicht auf die Spitzen!
Am Ende war die Diskussion verfrüht?
Laßt nur einmal zuerst den Kanzler (Bebel) sprechen,
Es werden sicher alle abgebrüht,
Die jetzt so laut zu schreien sich erschrecken".

Und nach Peter Schlemihls Versen kam. Man schlug den tapferen Gewerkschaftlern "ihre Meinung um die Ohren". Und diemeil "sie nun einmal zum Sakai geboren", so lagen sie bald wieder auf dem Bauch. Und heute sind sie am Ruffchen.

Soziale Rundschau.

Wo bleibt da die Konsequenz? In Nr. 51 des Stuttgarter "Evang.-Sonntagsblatt" klagt ein Geistlicher unter anderem auch:

"Wie betrübend ist die Tatsache, daß auch in meiner abgelegenen Gegend, wo vor wenigen Jahren noch niemand etwas von Umsturz wußte, durch die sozialdem. Wählerarbeit die sozial. Stimmen so zunehmen. Vor elf Jahren gab es im ganzen Bezirk nur acht sozialdem. Stimmen in drei Orten, jetzt über 1000 Stimmen des Umsturzes. Das tun wir dagegen?"

Zu gleicher Zeit konnte man aber auch in der "Schwäb.-Lagwacht", dem Genossenorgan lesen, daß bei der Gewerbegerichtswahl in Aalen die Liste der soziald. Gewerkschaften, der Christl.-Demokratischen Gewerbevereine und des evangelischen Arbeitervereins mit großer Mehrheit über die Liste der "Mittelmännchen", soll heißen des kath. Arbeitervereins (und der Christl. Gewerkschaften, gestieg habe. Wenn man diese beiden Artikel liest, erübrigt sich die gestellte Frage des Geistlichen, denn jeder, der auch nur einigermaßen in der deutschen Arbeiterbewegung sich auskennt, weiß, daß soziald. Gewerkschaften und evangelische Arbeitervereine nicht zusammen harmonisieren, selbst nicht einmal bei Gewerbegerichtswahlen. Christentum und Sozialismus stehen sich ja nach Aussage Bebel's wie Feuer und Wasser einander gegenüber.

Schon der Kommentar mit welchem die "Schwäb.-Lagwacht" die Frage im "Evang. Sonntagsblatt" begleitete, (sie nicht auf das Bibelwort Matth. 23, 24-26.) sollte den Vorständen der konfessionellen Vereine nicht gleichgültig sein und gerade bei derartigen Anlässen (Gewerbegerichtswahlen usw.) sollten sich die verschiedenen, einander nahestehenden Vereine die Hand reichen, anstatt mit den Sozialdemokraten zusammenzuhängen, und so, zum Vorteil der letzteren, die konfessionellen Einzelkämpfer mit groß zu ziehen.

Nach bei der Stuttgarter Gewerbegerichtswahl hat der evangelische Arbeiterverein sich offen auf Seite der sozialdem. Gewerkschaften gestellt und ist somit den vereinigten konfessionellen Vereinen und christlichen Gewerkschaften, (also auch seines Genossen "Mittelmännchen") schmachvoll in den Rücken gefallen. "Doch das in Württemberg noch lange so fort gehen?" "Nein, und ein dortiger Kollege. Soll das bei uns nicht möglich sein, was man im übrigen Deutschland als etwas selbstverständliches betrachtet, da fragt man immer in den verschiedenen christl. Zeitschriften über die besagte Zunahme der Sozialdemokratie, daß man aber auf die eben angeführte Weise die Arbeiter leiteten in die Arme treibt, das übersehen man ganz dabei. Die jüngsten Landtagswahlen haben gezeigt, daß sich die sozialdem. Stimmen seit der letzten Wahl um 3000 vermehrt haben. Wenn man nun bedenkt, daß diese Stimmen sich zum größten Teil aus Arbeiterkreisen rekrutieren, dann ist es höchste Zeit, daß man die christlichen Gewerkschaften unterstützt, und dort, wo sie noch nicht vorhanden sind, Eingang verschafft, um so dem Gegner das Kampffeld nicht willenlos zu überlassen. Das ist die einzig richtige Antwort auf die Frage, welche der fragliche Geistliche im "Evang. Sonntagsblatt" stellt, denn in den christl. Gewerkschaften bleiben die Arbeiter den bürgerlichen Parteien erhalten, auf dem letzten Gewerkschaftstreffen in Dresden wurde es ausdrücklich betont, daß jeder christl. Gewerkschaftler sich einer bürgerlichen Partei anschließen, und nicht nur anschließen, sondern auch, außerhalb des Rahmens der Gewerkschaften, sich in ihr betätigen soll. Wer aber einmal Mitglied der "neuen" Gewerkschaften ist, der ist für uns verloren, selbst wenn er noch einige Zeit Mitglied eines konfessionellen Vereins wäre. Dafür sorgen schon genügend die Fachabteilungen und die Bibliotheken dieser Verbände. Die Bergangerkreise spricht leider hier mit einer alten deutschen Sprache. Deshalb ist es ein Arbeiter Württemberg, die für noch etwas haben auf einer Christentum und eine Standbesitzer, treten in dieser aufgeregten Zeit sozialdemokratisch und politischer Kampfes ein in die Reihen der christl. Gewerkschaften.

Bevölkerungszunahme der Erde. Ein kürzlich erschienenes Merkblatt gibt eine interessante Übersicht über das Wachstum der Bevölkerung in den letzten 10 Jahren. Insbesondere ist die Zunahme von 60 Millionen Menschen zu verzeichnen. Nachfolgend die Bevölkerung der wichtigsten Länder.

	1886	1906
Rußland	128 000 000	141 200 000
Frankreich	38 400 000	43 100 000
Deutschland	52 200 000	60 500 000
Japan	42 200 000	47 500 000
Österreich-Ungarn	52 200 000	53 200 000
Indien	21 200 000	23 200 000
China	24 200 000	27 200 000
Brasilien	12 200 000	15 200 000
USA	10 200 000	13 200 000
Japan	4 200 000	4 200 000

Rußland hat mit 49 auf Tausend die höchste Geburts-, aber mit 31 auf Tausend auch die höchste Todesziffer. Frankreich weist mit 21 auf Tausend die geringste Geburtsziffer bei einer Todesziffer von 19,6 auf Tausend auf, woraus sich sein geringes Wachstum an Bevölkerungsziffer erklärt. Spanien, Italien, Oesterreich, Ungarn und Japan haben alle eine Geburtsziffer von mehr als 32 auf Tausend, aber auch entsprechend hohe Todesziffern. Die niedrigste Todesziffer von diesen Mächten hat Japan mit 20 und die höchste Spanien mit 25,8 auf Tausend. Die niedrigste Todesziffer weist Dänemark mit 13,9 bei einer Geburtsziffer von 28,5 auf Tausend auf. England zeigt die günstige Todesziffer von 16,5 pro Tausend, aber einen steten Rückgang der Geburtsziffer auf 27,6 auf Tausend. — Die Bevölkerung der größten Städte wird wie folgt angegeben: London 4 872 710, New-York 3 487 000, Paris 2 714 000, Berlin 2 040 000, Tokio 1 819 000, Chicago 1 699 000, Wien 1 675 000, Philadelphia 1 294 000, Petersburg 1 265 000, Moskau 1 039 000, Buenos Aires 1 026 000. — Die Staatsschulden der neun bedeutendsten zivilisierten Nationen erreichen nach der "Deutschen Wirtschafts-Zeitung" die Höhe von 4000 Millionen Pfund Sterling. Frankreich steht oben mit 1 038 379 000; es folgt England mit 796 736 000; die Reihenfolge der übrigen ist: Rußland 747 518 000, Italien 517 247 000, Oesterreich 386 480 000, Vereinigte Staaten 296 222 000, Ungarn 226 343 000, Deutschland 161 514 000 = 3 290 555 600 Mk., Belgien 126 183 000. — Rußland gibt für Staatszwecke auf den Kopf der Bevölkerung weniger als 2 Pfund Sterling aus. Am kostspieligsten arbeiten: England, Frankreich und Oesterreich-Ungarn mit mehr als 3 Pfund Sterling auf den Kopf der Bevölkerung.

Ausländer-Import. Unsere deutsche Großindustrie bemüht sich schon seit Jahren, eine Reservearmee von Arbeitern heranzuziehen. Diese Erscheinung zeigt sich nicht erst in den letzten Jahren günstiger Geschäftslage, sondern läßt sich schon seit längerer Zeit beobachten. So hat man nach dem letzten Bergarbeiterstreik massenhaft Ausländer angeworben, während die ansässigen Arbeiter nicht genügend Beschäftigung finden konnten. In den übrigen Industrien lagen die Verhältnisse ähnlich. Der Zweck, der damit verfolgt wird, dürfte un schwer zu erraten sein. Damit sollte zweifellos einer Steigerung der Löhne entgegen gewirkt werden, indem die Zahl der Arbeitssuchenden künstlich vermehrt wird. Die schweren Folgen, welche durch diese Unternehmerpraktiken für die ganze Volkswirtschaft entstehen, haben sich bereits deutlich gezeigt, da eine große Zahl von Städten erhebliche Summen für Notstandsarbeiten bzw. für Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung stellen mußten. Durch die Ausländer wurden aber auch, was noch schwerwiegender ist, vielfach ansteckende Krankheiten eingeschleppt und damit auch die Volksgesundheit erheblich gefährdet. Im Jahre 1900 wurde durch die Statistik der Krankenkassen und Gewerkschaften ca. 1 Million Arbeitslose in Deutschland nachgewiesen, während gleichzeitig 788 895 Ausländer beschäftigt waren. Diese Zahl verteilt sich nach der Nationalität wie folgt: 338 777 Oesterreicher, 23 105 Ungarn, 89 213 Russen, 62 001 Italiener, 95 398 Niederländer usw. Diese Zahlen sind bis zum heutigen Tage noch rapid gestiegen. Zweifellos hat an diesem Ausländer-Import auch die Landwirtschaft reichlich Anteil. Damit nicht zufrieden, hat die landwirtschaftliche Vereinigung noch die Verwendung von chinesischen Rülks befürwortet! Eben hat England den Rülksimport nach Südafrika verboten; Australien hat es erreicht, daß der ganze Kontinent heute weniger Chinesen zählt, als früher die Kolonie Victoria allein. In den vereinigten Staaten hat man es fertig gebracht, daß die Zahl der Chinesen auf 90 000 gesunken ist. Eben wehrt sich der Westen Amerikas mit Händen und Füßen gegen die japanische Einwanderung, die doch weit höher steht und in Deutschland sollte man diesen Reim unglücklicher Verbitterung und Verrohung in unser Volkstreiben tragen. Die schwersten Gefahren für unsere Volksgesundheit und für unser Volkstum würden durch die Verwendung von Rülks in der deutschen Landwirtschaft entstehen. Sonderbarerweise sind es gerade diejenigen, die den Rülksimport befürworten, welche nicht laut genug ihre Forderungen für die Abperrung der Grenzen gegen Viehweiden. Uns dünken Maßnahmen gegen Einschleppung von Viehweiden durch ausländische Arbeiter weit wichtiger. Sollen wir unsern Volkstamm dezimieren lassen durch die Provingier der Großindustriellen und Großgrundbesitzer? Wir verlangen mit demselben Recht, mit welchem zum Schutze unseres deutschen Viehstandes die Grenzperre gebilligt wird, auch eine Grenzperre gegen Viehweideneinfuhr. Die Regierung hat die Pflicht, Bestimmungen zu erlassen, welches die Beschäftigung ausländischer Arbeiter regelt und die deutschen Arbeiter gegen ausländische Konkurrenz und deren Begleiterscheinungen schützt.

Gemeinblättrige Beiträge zur Arbeitslosen-Versicherung. Der Gemeinderat von Straßburg i. G. hat am 27. Dez. 1906 einstimmig beschlossen für ein Jahr die Summe von 5000 Mk. zur Begünstigung der Arbeitslosenversicherung in beruflichen Kooperationen bereitzustellen. Es bedeutet das die Einführung des neuen Genossenschafts-Systems, das sich als ein prozentualer Zuschlag aus gemeinblättrigen Mitteln zu der von den gewerblichen Kooperationsvereinen ausgeübten Arbeitslosenversicherung darstellt. In Straßburg ist die Verwendung der bewilligten 5000 Mk. in der Weise geregelt, daß jedem, der bei Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Jahr in Straßburg ununterbrochen wohnhaft gewesen ist und einer Arbeitslosen-Unterstützungsanstalt eines Genossenschaftsvereins von Arbeitern und Angehörigen angehört, ein Zuschlag zu dem Unterstützungsbeitrag gezahlt wird, welchen er von dem Ratte erhält. Der Zuschlag tritt nur ein als Unterstützung im Falle unvollständiger Arbeitslosigkeit. In die Arbeitslosigkeit eine Folge von Streik und Ausperrungen von den Arbeitern, Unfall oder Krankheit, so tritt die Gewährung des städtischen Zuschlages nicht ein. Das gleiche gilt auch für den unvollständig unterstützungsberechtigten Arbeiter, der nachträglich bei Fall des Streiks oder der Ausperrung eintritt. Der Zuschlag beträgt 20% des Unterstützungs-

beitrages, welchen der betreffende Arbeitslose jeweils von dem Verein bezieht. Der Höchstbetrag des städtischen Zuschlages darf jedoch 1 Mk. pro Tag nicht übersteigen. Sobald es sich gibt, daß bei Gewährung von 50%, der Gesamtjahresbeitrag des städtischen Zuschlages von 5000 Mark übertragbar werden würde, tritt eine verhältnismäßige Kürzung des Zuschlages ein. Der Zuschlag hört auf, wenn dem Arbeitslosen passende Arbeit im Beruf nachgewiesen wird. Ledige Arbeiter haben auswärts Arbeit anzunehmen, wenn nicht besondere Verhältnisse dagegen sprechen. Dieser Zuschlag soll 1. Januar 1907 ab gewährt werden. Straßburg hat den Anfang zur Einführung des Genossenschafts-Systems gemacht. In anderen Städten, z. B. in München, dauert man Jahre lang an diesem Problem herum, ohne zu einem positiven Resultat zu kommen.

Soziale Rechtsprechung.

Einstellung von Arbeitern während eines Streiks. Ein Arbeitgeber, in dessen Betrieb gestreikt wurde, hat einen auswärtigen Arbeiter an, teilte ihm aber nicht mit, daß seine Arbeiter streikten. Als der Arbeiter den Streik erfuhr, erklärte er seinem Arbeitgeber, daß er als Verbandsmitglied einen Streikbrecher nicht machen könne und daß er nicht in der Lage sei, die Arbeit aufzunehmen. Er meinte, der Arbeitgeber verpflichtet gewesen, ihm mitzuteilen, daß seinem Betriebe Streik ausgebrochen sei. Weil er dies getan, sei er verpflichtet, ihm die Reisekosten und Arbeitslohn für drei Tage zu gewähren. Das Gericht entschied, daß der Arbeitgeber nicht verpflichtet war, dem Arbeiter mitzuteilen, daß bei ihm Streik ausgebrochen sei. Von dem Grunde, daß die Gewerbeordnung für die sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses aufzähle, könnte im gegebenen Falle höchstens in § 124,3 angeführte in Frage kommen, daß nämlich der Arbeitgeber den Arbeiter zu Handlungen verleitet oder verleiten suche, welche gegen die guten Sitten verstoßen. Nun seien zwar die Arbeiter in ihrer Mehrzahl der Ansicht, daß die Tätigkeit des Streikbrechens gegen die guten Sitten verstoße, jedoch auf dem gerade entgegengesetzten Standpunkte die Arbeitgeber und auch in den Kreisen, welche die beteiligten Personen fernstehen, würde durchaus nicht im gemeinen im Streikbruch eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung erblickt. Die Anschauung der Arbeiter erkläre sich lediglich aus einer begrifflichen Interessenpol. Der Entschädigungsanspruch des Klägers, sei daher unbegründet.

Briefkasten.

Nach Altwiesler. Stempelabdruck, sowie der Vermerk: „Loren gegangen“, genügt.

Literarisches.

"Zeit- und Streitfragen", so betitelt sich eine handliche Flugchrift von 16 Seiten, herausgegeben vom Berliner Ausschuss der christlichen Gewerkschaften. Die Flugchrift ist ein Abwehr gegen die fortwährenden Angriffe und Verhöhnung der christlichen Gewerkschaften von Seiten der Fachabteilung des Berliner Verbandes der kath. Arbeitervereine. Der erste Teil beleuchtet die Schädlichkeit der Trennung der kath. Arbeiter in wirtschaftlichem Gebiete, der zweite räumt mit der stets kolportierten Behauptung von jener Seite, daß die Fachabteilung unter dem Schutze der kirchlichen Autorität stehen, gründlich auf, während der dritte Teil die "Leistungen" und "Laten" auf wirtschaftlichem Gebiete von Seiten dieser Richtung klarpassieren läßt. Es werden den Mataboren dieser Richtung "Gründe" aus den Händen geschlagen. Zahlstellen, die mit der Fachabteilungskult zu tun haben, sehr zu empfehlen. Preis 1 Tausend 9 Mk., inklusive Porto 10 Mk. Verlag des österr. Kartells, Berlin D., Rüdersdorferstraße 60.

Zahlstelle Diersen.

Sonntag, den 20. Januar, vormittags 11 Uhr
General-Verammlung
bei Wilh. Heutges, Lindenstraße.
Der Vorstand.

Zahlstelle Ravensburg.

Samstag den 26. Januar, abends 8 Uhr
General-Verammlung
im Lokal: "Wacht am Rhein".
Tagesordnung:
Jahresbericht. Beitragserhöhung. Neuwahl des Vorstandes. Schiedenes.
Die Kollegen werden gebeten volljährig zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Zwei tüchtige Schreiner

auf Büffels und Vertikof finden sofort Stellung bei gut Afford. Näheres durch den Vorsitzenden der Zahlstelle Schönlanke, Kollegen Otto Lehle, Schreiner.

Ein tüchtiger Drechsler

auf Büffels- und Vertikof sucht Stellung. Derselbe ist auch Fräsen und Hundsjagen bewandert. Anfragen werden H. Brückl. Raumberg (Pfalz) erbeten.

Verantwortl. Redakteur: Carl Jansen, 531a.

Druck von Heinrich Zehring, 531a.